

Von Franz Amberger

Es wird zu wenig miteinander gesprochen: Die gebürtige Pilsnerin Lucie Valentova vom Beratungsbüro Weiden des Bezirks Oberpfalz bringt es auf den Punkt, wo die Defizite der bayerisch-böhmischen Nachbarschaft liegen. Die Kommunikation über die Grenze zu verbessern, ist das Ziel eines von MdL Dr. Gerhard Hopp (CSU) angestoßenen Dialogprogramms der Hanns-Seidel-Stiftung in Brüssel. Bei Begegnungen mit kompetenten Ansprechpartnern aus der Machtzentrale der EU bekamen Akteure aus Westböhmen und der Oberpfalz zum dritten Mal Einblick in laufende Entscheidungsprozesse und konnten ihrerseits Anregungen aus dem jeweiligen Tätigkeitsbereich geben. Erkenntnis nach zwei Tagen intensiver Gespräche: Auch 30 Jahre nach der Grenzöffnung bleibt noch viel zu tun.

Digitalisierung ist die größte Herausforderung

Was gestern Infrastruktur und Innovation gewesen sind, sind morgen Digitalisierung und Kommunikation. Jiri Buriánek, seit 2014 Generalsekretär des Ausschusses der Regionen, schweben eine Smart City Partnership und der Aufbau eines 5 G-Netzes zwischen München und Prag vor. Das Credo des Brüsseler Spitzenfunktionärs aus Niederbayern mit tschechischen Wurzeln: „Wir müssen über die Grenze denken und gemeinsame Strategien auf Augenhöhe entwickeln.“

Fürs Erste ist Buriánek schon mal erleichtert, dass Deutschland entgegen ursprünglicher Pläne auch bei der neuen Förderperiode ab 2021 mit dabei ist. Denn aus seiner Sicht bringt der Strukturfonds einen erheblichen Mehrwert: den inneren Zusammenhalt in Europa. Was Buriánek seinen Gesprächspartnern von der Grenze noch mit auf den Weg gibt: Die Förderung durch die EU scheidet weniger am Geld, als vielmehr an Kapazitäten und konkreten Projekten. Und: Regionalentwicklung über die Grenze muss langfristig angelegt sein. Aus Sicht von MdL Gerhard Hopp eine Steilvorlage für den am 20./21. Mai geplanten Besuch von Landtagspräsidentin Ilse Aigner in Prag.

Tiger der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU

Auch im Referat Tschechische Republik und Slowakei, das bei der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission angesiedelt ist, hat ein Niederbayer das Sagen: der Deggendorfer Andreas von Busch. Er stellt erfreut fest, dass die Achse Ostbayern-Westböhmen „gut funktioniert“. Hauptanliegen tschechischerseits für die nächste För-



Die Teilnehmer des Dialogprogramms zu Besuch im EU-Parlamentsgebäude; von links: Sebastian Lesnak (CEBB), Alexander Kriz (Dolmetscher), Jürgen Dodell (Gemeinsames Zentrum der Polizei), Dr. Markus Ehm (Hanns-Seidel-Stiftung Brüssel), Lucie Valentova (Bezirk Oberpfalz), MdEP Pavel Svoboda, Jana Dirriglova (Künisches Gebirge), Franz Amberger (Kötztinger Zeitung), MdL Dr. Gerhard Hopp und Stanislav Antos (Stadt Taus/Domazlice).
Fotos: Amberger (2)/Antos

derperiode sei eine Angleichung des Lebensstandards. Als „Tiger der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU“ habe die Tschechische Republik bereits zu Spanien aufgeschlossen. Schwachpunkt dabei: die Konzentration auf Großunternehmen. Hingegen mangelt es an kleinen und mittleren Betrieben.

Was den Tschechen außerdem zu schaffen macht, ist der Fachkräftemangel. Vizebürgermeister Stanislav Antos aus Taus (Domazlice) weiß ein Lied davon zu singen: Im Krankenhaus der Chodenstadt stehen 50 Betten leer, weil das Personal lieber in Bad Kötzting arbeitet. Jana Dirriglova, Bürgermeisterin der 130-Einwohner-Gemeinde Loucim und Managerin beim Aktionsbündnis Künisches Gebirge, sieht noch ein anderes Problem: den bürokratischen Aufwand für EU-Förderanträge, der in ihrer Heimat um ein Vielfaches höher ist als in Deutschland. Zwei Rückmeldungen von „Endnutzern der Fördermittel“, die den Referatsleiter in der Brüsseler Strategie bestätigt, den dezentralen Ansatz weiterzuverfolgen und den Dialog mit dem Bürger zu suchen.

Service für die Polizeidienststellen

Seit 1992 unterhalten die bayerischen Kommunen ein Europabüro in Brüssel. Dessen Leiter Maximilian Klein ist ein Verfechter von EVTZ-Projekten (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit). Für kleine Projekte (Volumen unter 100000 Euro) gewährt Brüssel pauschal 15 bis 20 Prozent. Nach Einschätzung von Jana Dirriglova ein interessanter Ansatz für den Austausch von Kindergärten und Schulen. Haken an der Sache: Es darf nicht gleichzeitig eine staatliche Förderung geben.

Wie bayerisch-tschechische Kooperation funktionieren kann, führen Katastrophenschutz und Poli-



30 Jahre nach der Grenzöffnung braucht die Achse München-Prag dringend neue Impulse.

zeiarbeit, neuerdings auch der Rettungsdienst, vor Augen. Auf der Grundlage des deutsch-tschechischen Polizeivertrags von 2016 steht das gemeinsame Zentrum Petrovice-Schwandorf, das sich als Service-Dienstleister für die Sicherheitsorgane auf beiden Seiten der Grenze versteht. Nach dem Bericht des deutschen Koordinators Jürgen Dodell hat die Zusammenarbeit zum Rückzug der Crystal-Szene geführt. Um den Fahndungsdruck aufrecht zu erhalten, bedürfte es aber einer ständigen Weiterentwicklung der Institution, verbunden mit gemeinsamen Übungen. Ganz im Sinn von Gerhard Hopp, denn Sicherheit an der Grenze ist für ihn eine elementare Voraussetzung für Stabilität und Wohlstand.

Das Bürokratiemonster – „reine Mythenbildung“

Zum Empfang der Delegation in der bayerischen Vertretung fand sich auch der scheidende CSU-Europarlamentarier Albert Deß ein. Sein Vermächtnis im Vorfeld von Brexit und Europawahl: „Ich hoffe

sehr, dass in der EU nicht wieder Grenzen hochgezogen werden.“

Forschung und Innovation sind die wichtigsten Voraussetzungen für Wohlstand. Einen Beleg für diese These liefert Wolfgang Burtcher mit aktuellen Zahlen aus dem 77 Milliarden Euro schweren Forschungsprogramm „Horizon 2020“, um das sich 200000 Antragsteller beworben haben: Von den bislang vergebenen 40 Milliarden entfallen ganze fünf Prozent auf die neuen Mitgliedstaaten, wobei das Baltikum und vor allem die Tschechen „gut mit dabei“ sind. Schlussfolgerung: Auch in der Forschung ist Europa zweigeteilt – mit entsprechenden Wachstumsperspektiven.

Die hohen Hürden bei der Vergabe der EU-Forschungsmittel verteidigt der stellvertretende Generaldirektor mit dem damit verbundenen Anspruch: „Hier geht es um Exzellenz-Forschung und um öffentliche Mittel, die an die besten Projekte vergeben werden soll.“ Klagen über Brüsseler Bürokratiemonster betrachtet er deshalb als „reine Mythenbildung“.

INTERREG-Fördertopf unter Vorbehalten

Das politische Brüssel wird in diesen Wochen von zwei Themen überlagert: Europawahl und Brexit. Während der Wahltermin fix ist, verursacht die Zitterpartie um den EU-Austritt der Briten einen gigantischen Mehraufwand auf allen Ebenen der Verwaltung. Die heiße Phase der Weichenstellungen für die nächste Förderperiode ist davon besonders betroffen. Allen Unwägbarkeiten zum Trotz: INTERREG bleibt und die Mittel werden nicht dramatisch gekürzt. Diese Botschaft konnten die Gäste der Hanns-Seidel-Stiftung aus dem Arbeitsessen mit Robert Spisiak und Dr. Egle Spudulyte (Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission) mitnehmen.

Einblick in die Komplexität der verschiedenen Brexit-Szenarien gewährte beim Kaffee danach schließ-

lich noch Lasse Böhm, Chefberater Wirtschaft von EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber.

„Der Brexit ist ein großes Missverständnis“

Höhepunkt der zwei Tage in Brüssel: die Begegnung mit dem tschechischen Europaparlamentarier Pavel Svoboda. Der Prager Jurist, Mitglied der EVP-Fraktion und Vorsitzender des Rechtsausschusses, ist nicht nur ein Mann klarer Worte. Er besitzt auch Humor; ist ein erklärter Bayern- und CSU-Fan und hält große Stücke auf Manfred Weber. Dem Kommissionspräsidenten in spe traut er sogar zu, die Gräben zwischen Ost und West aus der Flüchtlingspolitik zuzuschütten.

„Politische Gespräche verboten“: Der gut sichtbar angebrachte Hinweis im Büro des Abgeordneten ist ironisch zu verstehen. Svoboda ist Politiker durch und durch und kommt auch gleich zur Sache: „Wir brauchen uns gegenseitig in Europa“, sagt er. Der Brexit ist für ihn ein großes Missverständnis, weil man den Briten die Vorteile der Mitgliedschaft nicht erklärt habe.

Neue Impulse für die Achse Prag-München

Wirtschaftlich sieht MdEP Pavel Svoboda sein Land auf einem guten Weg. „Wir sind schon fast so etwas wie das 17. Bundesland“, scherzt er im Gespräch mit den Gästen aus Bayern. „Den Euro sollten wir schon längst haben“, fügt er hinzu, damit könnte das Brutto Sozialprodukt sogar noch um ein bis zwei Prozent zulegen. Doch die Währungsstellung werde nicht thematisiert, weil man damit in der Tschechischen Republik keine Wahl gewinnen könne. Über die Europa-skepsis seiner Landsleute kann der Politiker ohnehin nur den Kopf schütteln. Jüngsten Umfragen zufolge sehen nur 39 Prozent der Tschechen die EU positiv, doch 64 Prozent schätzen zugleich die Mitgliedschaft. Und paradoxerweise haben die Tschechen mehr Vertrauen ins EU-Parlament als in das eigene Parlament. Die Ursache derlei Absurditäten sieht Svoboda in der politischen Führung in Prag und darin, dass seine Landsleute zu wenig über die EU wissen.

Im Verhältnis zwischen Prag und Brüssel ist erst 20 Jahre nach der Grenzöffnung so etwas wie Normalität eingekehrt, nachdem Horst Seehofer bei seinem historischen Besuch 2010 das Eis gebrochen hat. Jetzt gilt es nachzuholen, was man zuvor versäumt hat, weil Bayern unter Edmund Stoiber in der Vergangenheit verharret ist, statt sich auf die Zukunft einzulassen. Um Bewegung in die Sache zu bringen, braucht es einen Impuls, meint MdL Dr. Gerhard Hopp. Sein Vorschlag: „Eine Art Elysee Vertrag“.

Mehr Bilder unter www.idowa.plus



Empfang im Ausschuss der Regionen: Generalsekretär Jiri Buriánek, MdL Dr. Gerhard Hopp, Lucie Valentova, Jürgen Dodell und Dr. Markus Ehm (von links).